

Antrag

der Abgeordneten Beate Walter-Rosenheimer, Dr. Bettina Hoffmann, Dr. Anna Christmann, Kai Gehring, Margit Stumpp, Katja Dörner, Erhard Grundl, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Maria Klein-Schmeink, Ulla Schauws, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Kordula Schulz-Asche, Matthias Gastel, Steffi Lemke, Dr. Ingrid Nestle, Friedrich Ostendorff, Daniela Wagner, Gerhard Zickenheiner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Engagement gefragt – Implementierung und Weiterentwicklung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland ab 2020

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit Monaten fordern junge Menschen in Deutschland mit vielfältigen Protesten, unterstützt durch Wissenschaft, Zivilgesellschaft und immer mehr Initiativen, ein Umdenken von Entscheidungsträger*innen in Politik und Wirtschaft beim Umgang mit dem Klimawandel und die Umsetzung einer nachhaltigen Politik sowie nachhaltiger Konzepte. Gerade den Belangen von Kindern und Jugendlichen muss Politik deutlich mehr Aufmerksamkeit schenken. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist der Schlüssel, um dieses Umdenken manifest werden zu lassen. Und hier bei der Beteiligung von jungen Menschen einen Schwerpunkt zu setzen, ist geboten.

Der UN-Generalsekretär António Guterres formulierte anlässlich der UN-Weltkonferenz im September für alle Nationen: „Die Menschen auf der Welt wollen keine halben Sachen oder leeren Versprechungen. Sie fordern einen Veränderungsprozess, der fair und nachhaltig ist. [...] Lassen Sie uns gemeinsam ein Jahrzehnt der Umsetzung und des Handelns für die Menschen und den Planeten anstoßen.“

Der Peer Review zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie stellt unmissverständlich fest: „Bildung ist eine entscheidende Komponente, um Kompetenz für nachhaltige Entwicklung aufzubauen, um Teil eines breiteren Ansatzes, die Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu kommunizieren.“

Die UNESCO setzt hier einen Prozess fort und entwickelt ihn weiter, der 2005 begann. Ende 2019 lief das aktuelle UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung aus. In dessen Rahmen wurden in Deutschland nationale Gremien wie die Nationale Plattform, Fachforen und Partnernetzwerke geschaffen sowie die Betei-

ligung junger Menschen durch das Jugendforum youpaN und der Nationale Aktionsplan BNE¹ vom Bundestag verabschiedet.

Um die Agenda 2030 zu verwirklichen, so die Präambel des Nationalen Aktionsplans BNE, „müssen wir umfassende und tiefgreifende gesellschaftliche Transformationen anstoßen und umsetzen. Bildung spielt in diesem Prozess eine Schlüsselrolle. [...] Bildung befähigt zur Gestaltung von politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Veränderungen“.

Für die Zeit ab 2020 wurde auf der UNESCO-Generalkonferenz in Paris im November 2019 das BNE-Programm für die Zeit von 2020 bis 2030 beschlossen. Es enthält die bisherigen fünf Handlungsfelder:

- Politische Unterstützung: Das BNE-Konzept soll in die einschlägigen Bereiche der Politik integriert werden. Bildungs- und Nachhaltigkeitspolitik sollen noch stärker verschränkt werden.
- Ganzheitliche Transformation von Lern- und Lehrumgebungen: Die Nachhaltigkeitsprinzipien von BNE sollen in sämtlichen Bildungs- und Ausbildungskontexten verankert werden.
- Kompetenzentwicklung bei Multiplikator*innen: Die Kompetenzen von Erzieher*innen und Lehrenden im Bereich BNE sollen gestärkt werden.
- Stärkung und Mobilisierung der Jugend: Es sollen weitere BNE-Maßnahmen speziell für Jugendliche entwickelt werden.
- Förderung nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene: Die Ausweitung der BNE-Programme und -Netzwerke soll auf der Ebene von Städten, Gemeinden und Regionen erfolgen.

Doch es gibt auch Erweiterungen wie etwa den verstärkten Fokus auf psychologische und soziale Voraussetzungen von Transformation und die Übersetzung von BNE in politische Mobilisierung. Letzteres beinhaltet die Konkretisierung und die Kommunikation der Themen unter einer klaren Mission und Vision. Dafür ist essenziell, dass Entscheidungsträger*innen in die Prozesse eingebunden werden und (junge) Menschen wie auch alle anderen Lernenden ermächtigt werden, diese anzusprechen und einzubinden. Eine Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), veröffentlicht im Fachmagazin PNAS, verweist zudem darauf, dass die Kippvorgänge im Erdsystem durch soziale Kippsysteme eingedämmt werden können. Bildung wird als eines der wesentlichen sechs sozialen Kippvorgänge genannt, um Wissen und Engagement für Klimaschutz zu ermöglichen. Trends seien nur dann dauerhaft verändernd, wenn sie parallel politisch überzeugend unterstützt werden. Da die Klimakrise das Leben der heutigen Jugendlichen drastisch beeinflussen wird, ist es die Verantwortung der heute erwachsenen Generation, dass über Schulen und andere Bildungseinrichtungen allen jungen Menschen Grundkenntnisse über die Klimakrise und die Möglichkeiten, sie zu lindern zugänglich gemacht werden.

Die Bundesregierung hat 2017 den Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) verabschiedet. Mittlerweile liegen erste Evaluierungen vor, die durch das Institut Futur an der Freien Universität Berlin durchgeführt werden.² Die ersten Erkenntnisse zeigen, dass durchaus Fortschritte bei der Verankerung von BNE gemacht wurden, aber noch immer ein weiter Weg zu gehen ist, um BNE tief im Bildungssystem zu verankern.

Bislang ist BNE gekennzeichnet durch großes Interesse am Konzept, aber nur geringe Handlungsmöglichkeiten. Um die Vision „verantwortlich leben“ umzusetzen, müssen die Handlungsmöglichkeiten gestärkt werden. Die zu schaffenden Angebote müssen

¹ www.bne-portal.de/sites/default/files/downloads/publikationen/Nationaler_Aktionsplan_Bildung_f%C3%BCr_nachhaltige_Entwicklung_neu.pdf

² www.bne-portal.de/de/bundesweit/monitoring-0

dabei in Relation zu den globalen Herausforderungen stehen und diesen entsprechen. Dies ist ein Beitrag, um der Sorgfaltspflicht und Verantwortung zur Daseinsvorsorge und Resilienzbildung der Gesellschaft im Hinblick auf die bevorstehenden globalen Veränderungen gerecht zu werden. Alle Bürger*innen aller Generationen müssen in die Lage versetzt werden, notwendige Transformationsprozesse zu gestalten, auf veränderte Lebensbedingungen angemessen zu reagieren und den Herausforderungen selbstbestimmt zu begegnen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Zusammenwirken mit den Ländern, Kommunen, öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren,

1. die im Jahr 2017 beschlossenen NAP „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ definierten Maßnahmen zügig und vollumfänglich umzusetzen und dafür die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, insbesondere bei der
 - a. Stärkung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen;
 - b. Stärkung der frühkindlichen, schulischen, beruflichen, akademischen formalen, nonformalen und informellen Bildung sowie der Erwachsenenbildung, um verstärkt jetzige und zukünftige Generationen zu nachhaltigem Handeln zu befähigen. Die Erwachsenenbildung ist insofern bedeutsam, da die derzeitigen Erwachsenen aktuell die Entscheidungstreffenden sind, weshalb diese dringend die Kompetenzen benötigen, die Auswirkungen ihres Handelns für zukünftige Generationen einschätzen zu können;
 - c. Stärkung der beruflichen Bildung durch Intensivierung der Modellversuche des Bundesinstituts für Berufliche Bildung (BiBB) bei der Verankerung von BNE in laufenden und zukünftigen Ordnungsverfahren (anstelle der Standardberufsposition „Umweltschutz“) und bei weiteren curricularen Umsetzungen;
 - d. Finanzierung und Unterstützung von Bildungsträger*innen im Bereich des nonformalen und informellen Lernens, die BNE anbieten, und Übertragung von deren Ansätzen in das formalisierte Lernen sowie Stärkung des bundesweiten Bildungsengagements;
 - e. Einrichtung eines regelmäßigen Bund-Länder-Austausches, in dem u. a. aus jedem Land die für BNE zuständige(n) Person(en), UMK und KMK sowie BMBF und BMU vertreten sind. Ziel ist es, Doppelarbeit zu vermeiden, Synergien zu nutzen und Qualitätsstandards zu entwickeln und anzugleichen;
 - f. Einrichtung und Förderung einer Plattform („Schaufenster“) für „BNE-Kommunen“, die in vorbildlicher Weise BNE-Aktivitäten unterstützen – inklusive eines koordinierenden Kompetenzzentrums für interessierte neue Kommunen;
 - g. Förderung des internationalen Austausches zu BNE in Zusammenarbeit mit der UNESCO;
2. Inhalte des Nationalen Aktionsprogramms mit der Agenda 2030 zu verknüpfen und hierbei die Zusammenarbeit und die Zielsetzungen mit anderen Staaten, insbesondere in Europa, zu stärken. Dabei ist die Verstetigung der globalen Perspektive auch in den nationalen Bildungsprogrammen sicherzustellen, die insbesondere durch BMZ-geförderte Programme zur Umsetzung der Agenda 2030 beitragen;
3. den Grundgedanken der Bildung für nachhaltige Entwicklung einer nachhaltigeren Ausgestaltung der Bildungsinstitutionen zugrunde zu legen nach dem Bildung für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen ungeachtet ihres sozioökonomischen Hintergrunds, ihres Geschlechts oder anderer Faktoren inklusiv zugänglich

sein soll und die Zahl der Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüche weiter zu reduzieren;

4. Bildung für nachhaltige Entwicklung stärker an so genannte „Change Agents“, wie Lehrerinnen und Lehrer, Ausbilderinnen und Ausbilder, Erzieherinnen und Erzieher, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Kita- und Schulfördervereine heranzutragen. Bildung für nachhaltige Entwicklung soll vor diesem Hintergrund in die Aus- und Weiterbildung für Lehrkräfte der Bereiche frühkindliche Bildung, Grund- und weiterführende Schulen sowie im Bereich der außerschulischen und informellen Bildung integriert werden. Insbesondere sollen auch Lehrer*innen und Ausbilder*innen der beruflichen Bildung stärker als bisher einbezogen und berücksichtigt werden. Selbiges soll für die Ausbildung an Hochschulen gelten;
5. für Jugendliche in ihrer Rolle als „Change Agents“ niedrigschwellige und umfassende Strukturen der Partizipation zu schaffen. Außerdem sollen Lernenden-zentrierte, außerschulische und informelle Lernmöglichkeiten unterstützt und geschaffen werden;
6. gemeinsam mit den Ländern und Kommunen alle Lerninhalte und alle Lernorte nachhaltig und inklusiv zu gestalten, beispielsweise durch Reallabore, forschendes Lernen, Lernen von Selbstverantwortung sowie Mit- und Gemeinwohlverantwortung, Lernen durch Engagement und transdisziplinäre Projekte. Nur ein ganzheitlicher Ansatz schafft Lernorte, die einen überzeugenden und sinnvollen Rahmen für BNE ermöglichen;
7. den Einsatz für BNE auf Bundesebene zu würdigen, indem ein Freistellungsanspruch für dieses ehrenamtliche Engagement gesetzlich implementiert, eine angemessene Aufwandsentschädigung bezahlt wird und in der Schule jungen Menschen wertschätzend ermöglicht wird;
8. die Mittel des BMBF von derzeit rund 7,1 Mio. Euro für BNE kurzfristig zu verdoppeln und im Bundeshaushalt das Budget für BNE jährlich aufwachsend bis 50 Mio. bis 2025 zu steigern; mindestens 20 % dieses Budgets soll für das Handlungsfeld „Stärkung und Mobilisierung der Jugend“ ausgewiesen werden;
9. eine Informationskampagne zu initiieren, die mit Veranstaltungen und Testimonials nachhaltige Bildungsinhalte und -ziele (SDGs), etwa Klimaschutz, Geschlechtergerechtigkeit, nachhaltiger Konsum vermittelt und zugleich handlungsorientierte Formate anregt, um mehr Aufmerksamkeit und damit mehr gesellschaftliche Partizipation für das Thema zu erzielen;
10. sich gemeinsam mit den Ländern dafür einzusetzen, dass das Thema Klimabildung flächendeckend einen stärkeren Niederschlag in den Bildungseinrichtungen findet und dies mit Materialien und Expertise zu unterstützen;
11. den Nationalen Aktionsplan kontinuierlich weiterzuentwickeln und seine Umsetzung sowie die weiteren Maßnahmen regelmäßig, spätestens im Abstand von vier Jahren unter wissenschaftlicher Begleitung zu evaluieren und dem Deutschen Bundestag darüber zu berichten.

Berlin, den 10. März 2020

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion